

# Radler leben (lebens-)gefährlich

## UWG IFI im Selbsttest unterwegs zu kritischen Verkehrspunkten

**Ibbenbüren.** Eigenes Erleben in die politische Erfahrung einfließen zu lassen, ist der Grundgedanke der sommerlichen Radtour der UWG IFI. Im Mittelpunkt stand das Aufsuchen von Punkten im Stadtgebiet, die für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer aufgrund baulicher Gegebenheiten oder Beschilderung unübersichtlich, verwirrend, irreführend oder aus anderen Gründen gefährlich sind. Und solche Stellen finden sich sowohl in der Kernstadt als auch in den Stadtteil derart zahlreich, dass nur einige Stationen zwischen Dörnebrink im Osten und Schierloh im Westen beispielhaft aufgesucht werden konnten.

Auf der von Olaf Seeger bestens ausgesuchten Strecke, änderte sich der Eindruck für etliche Teilnehmer der Wählergemeinschaft. Die Hoffnung auf eine unbeschwerte Tour wich der Erkenntnis, dass Radfahren in Ibbenbüren stellenweise lebensgefährlich ist. „Besonders unter dem Gesichtspunkt der Schulwegsicherung sind etliche Bereiche nicht einmal suboptimal“, hatte Olaf Seeger, der sich selbst als aktiven Alltagsradler bezeichnet, die Gruppe vorgewarnt.

Anfänglich vergnügte Unterhaltung wich während der Fahrt deshalb schnell höchster Konzentration. So nutzte die Gruppe stadtauswärts entlang der Ledder Straße in gesamter Länge den freigegebenen Bürgersteig. Die einhellige Meinung war, dass diese Art der Verkehrsführung unakzeptabel ist, besonders für Schüler. Denn wer auf der Fahrbahn nicht mit Autos kollidieren will, muss den Bürgersteig nutzen und dort sehr aufmerksam sein, um nicht Fußgänger anzufahren.

Aber auch die gelungenen Bemühungen um die Sicherheit der Radler wurden anhand der Fahrradstraßen betrachtet. Die Mitglieder der UWG IFI freuten sich über die Bevorzugung und die gesonderte Anforderungsmöglichkeit von Grünphasen für Radfahrer an Ampelanlagen. Große Verwunderung entstand jedoch über die teilweise verwirrende Beschilderung, etwa an der Gravenhorster Straße. Der Fußweg entlang dieser Hauptstraße ist nicht für den Radverkehr freigegeben, obwohl die Bauart und farbliche Gestaltung einen Radweg andeuten und dem Fahrradfahrer dessen Nutzung

nahelegen. Daraus ergeben sich im Falle eines Unfalls schwerwiegend juristische Folgen für die Zweiradnutzer. Diese und die gewonnenen Erkenntnisse diskutierten die Mitglieder abschließend bei einem kühlen Getränk. Die Situation für nichtmotorisierte Verkehrsteilnehmer kann noch an vielen Stellen verbessert werden, so die einhellige Meinung der Mitglieder der Wählergemeinschaft. Ihr Fraktionsvorsitzender Christoph Boll unterstrich dabei noch einmal die Bedeutung des Ratsantrages der UWG IFI, alle entsprechenden Gefährdungspunkte im Stadtgebiet systematisch zu erfassen und ergänzt um einen von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog samt Kostenschätzung dann in den politischen Gremien über Abhilfe zu beraten. „Wir werden sicher nicht überall eine für alle befriedigende Lösung finden. Aber vielleicht ist schon etwas gewonnen, wenn wir zu einer Grundsatzentscheidung kommen, an den Haupteinfahrt- und -ausfahrtstraßen dem motorisierten Verkehr Vorrang einzuräumen und ansonsten generell den Radfahrern“, so Boll abschließend.